



www.igl-neuhausen.de

Neuhausen, den 25. Januar, Rede zum Haushalt 2011

Herr Bürgermeister Hacker, meine Damen und Herren,

Es geht wieder bergauf. Der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung, weniger Umlagebeiträge und mehr Zuweisungen sorgen bei uns für eine leicht verbesserte Haushaltssituation. Allerdings stehen dem 5%igen Wirtschaftswachstum im Südwesten rund 89 Milliarden Staatsverschuldung entgegen. Deren Auswirkungen sind auch im kommunalen Bereich und für jeden Bürger spürbar. Um auch noch in Zukunft alle Aufgaben und Leistungen einer Gemeinde erfüllen zu können, müssen wir weiterhin Prioritäten setzen, Mittel effektiv einsetzen und am eingeschlagenen Sparkurs festhalten.

Im letzten Jahr haben wir IGL eine Fülle von HH-Anträgen gestellt, von denen eine Reihe zwar Zustimmung erfahren hat, aber die dennoch unbearbeitet blieben und die wir deshalb in diesem Jahr noch einmal einfordern: Wir wollen noch immer, dass sich die Gemeinde mit Nachdruck für den Erhalt von Natur und Umwelt einsetzt.

Um dem EU-Ziel (die Reduktion des Klimagases Kohlendioxid um 30% bis zum Jahr 2020) näher zu kommen, sind nicht nur große, sondern auch viele kleinen Schritte notwendig. Zahlreiche Gemeinden haben sich ehrgeizige Klimaschutzziele gesetzt und dafür notwendige Maßnahmen in Gang gebracht. So wurde die Stadt Esslingen im vergangenen Herbst schon zum zweiten Mal in Folge mit konsequentem Energiesparen in städtischen Gebäuden, ökologischer Energieerzeugung und energieeffizienten Maßnahmen bei Verkehr und Siedlungsgestaltung in einem bundesweiten Klima-Wettbewerb zur „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“. Wir sollten uns unsere Nachbarn zum Vorbild nehmen.

Antrag 1

Die Gemeinde Neuhausen setzt sich Klimaschutzziele und definiert Maßnahmen die zur Erreichung dieser Ziele führen.

Die Energiekosten in unserer Gemeinde sind zwischen 2006 und 2009 um rund 100.000 € gestiegen, hauptsächlich wegen der allgemein höheren Energiepreise. Diesen zunehmenden Energie-

kosten sollten wir mehr Beachtung als bisher schenken und Gegenmaßnahmen zur Energiereduzierung einleiten. Die Reduzierung des Energieverbrauchs schont die Umwelt und trägt zur Verbesserung unserer Haushaltssituation bei. Wir halten ein Energiemanagement für die gemeindeeigenen Gebäuden und einen jährlichen Energiebericht für zwingend notwendig. Für das Gebäudemanagement sollten sowohl Bestandsdaten und Verbrauchswerte unserer gemeindeeigenen Gebäude, als auch Einsparpotenziale im nichtinvestiven Bereich festgestellt werden. Zusätzlich benötigen wir Aussagen darüber, welche Sanierungen aus energetischen Gründen vordringlich sind und mit welchen Amortisationszeiten zu rechnen ist.

Unterstützung könnten wir beispielsweise von der KEA (Klima- und Energieagentur Baden-Württemberg) erhalten. Die KEA ist eine Einrichtung die zur Hälfte der öffentlichen Hand gehört, sie verfolgt keine Gewinnabsichten und bietet Kommunen mit ihrer inzwischen langjährigen Erfahrung umfangreiche Leistungen an. Nach ihren Erfahrungsberichten amortisieren sich die Kosten schnell, weil dadurch die Energieausgaben einer Gemeinde um 8-10% gesenkt werden können.

Antrag 2

Die Verwaltung bereitet ein externes Energiemanagement für alle gemeindeeigenen Liegenschaften vor, das noch 2011 beginnt. Die Verwaltung vergibt dabei die Erstellung eines jährlichen Energieberichtes. Dieser soll künftig Vorschläge zur mittelfristigen Umsetzung enthalten, mit denen Energiekosten gesenkt werden können.

In die letzte Bündelstromausschreibung des Gemeindetags 2009/10 war der Gemeinderat nicht eingebunden. Bei dieser Bündelstromausschreibung gab es neben herkömmlichem Strom Ökostromlose mit und ohne Neuanlagenquote. Ökostrom ohne Neuanlagenquote, d.h. Ökostrom wie wir ihn momentan beziehen, ohne hochwertige Qualitätsstandards, hat keinen ökologischen Nutzen. Nur wenn sich Stromerzeuger zum Bau von neuen Anlagen verpflichten und nicht nur Strom aus bereits lange bestehenden Anlagen teurer verkaufen entsteht ein zusätzlicher Klimanutzen. Wir wollen, dass zukünftig der Gemeinderat über jede Stromausschreibung und somit auch darüber entscheidet, ob und wie viel Ökostrom in welcher Qualität bezogen wird.

Antrag 3

Der Gemeinderat entscheidet zukünftig über den Strombezug. Der Gemeinderat legt dabei auch fest, ob und welcher Anteil an Ökostrom in welcher Qualität bezogen wird.

Mit den bereits bestehenden Photovoltaikanlagen in Neuhausen ist auch die Verwaltung äußerst zufrieden. Es hat sich gelohnt in Sonnenenergie zu investieren, sowohl für die Gemeindekasse als auch für das Klima. Wir sollten den eingeschlagenen Weg konsequent weiter gehen und zusätzliche Dachflächen für Photovoltaikanlagen ausweisen, beispielsweise für das Jugendhaus und die Mozartschule. Auch halten wir die Einbeziehung interessierter Bürger in die Investitionen (Stichwort: Bürgersolaranlagen) für wünschenswert.

Antrag 4

Die Verwaltung prüft, ob und zu welchen Bedingungen sich noch weitere gemeindeeigene Dächer für Photovoltaikanlagen eignen.

Mit dem Ende des Stromkonzessionsvertrags Ende 2012 haben Kommunen die Chance das Stromnetz von der EnBW zurück zu kaufen und selbst zu betreiben. Alternativ können sie sich einem Stadtwerk (denkbar wäre ein gemeinsames Stadtwerk mit Ostfildern/Filderstadt/LE) anschließen. Ferner ist eine Beteiligung an einer Netzgesellschaft unter dem Dach des NEV (Neckarelektritätsverband) oder ein erneuter Vertragsabschluss mit der EnBW möglich. Derzeit werden unsere Möglichkeiten von einem Büro geprüft und bewertet und wir erwarten Aussagen dazu im ersten Halbjahr 2011. Wir IGL meinen, dass öffentliche Daseinsfürsorge wie Stromnetze wieder in kommunale Hand übergehen sollten. Wir könnten damit Einfluss auf die Energiewirtschaft ausüben und durch zusätzliche Einnahmen unsere Haushaltssituation verbessern. Das Vermögen des NEV wird von Experten auf über 100 Mio. € geschätzt. Momentan tauchen jedoch in keinem Beteiligungsbericht von Kommunen und Städten die Vermögensanteile am NEV auf. Wir hoffen sehr, dass mit dem von vielen Gemeinden geforderten Antrag, Ausschüttung bei Ausscheiden, eine Offenlegung von Seiten des NEV stattfinden wird und auch wir erfahren werden wie hoch unser Vermögen im NEV ist.

Die Konvention 182 der ILO (Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen) fordert die Abschaffung der schlimmsten Formen von ausbeuterischer Kinderarbeit. Diese Konvention hat auch die Bundesrepublik Deutschland ratifiziert. Neuhausen sollte sich den vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen anschließen, die bereits ihre Vergabepaxis geändert haben und so das Bündnis gegen ausbeuterische Kinderarbeit stärken. Wir wiederholen deshalb unseren Antrag vom letzten Jahr.

Antrag 5

Die Gemeinde Neuhausen führt noch in diesem Jahr ein faires ökologisches Beschaffungswesens ein. Bei anstehenden Vergaben von Aufträgen sollen zukünftig neben Wirtschaftlichkeit von Angeboten und Eignung von Unternehmen auch das Kriterium „Berücksichtigung internationaler Normen“ geprüft werden und so Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit ausgeschlossen werden.

Jeder dritte Bürger ist laut einer aktuellen Umfrage des Marktforschungsinstitut Infas besorgt, wenn es um die gesundheitliche Gefährdung durch hochfrequente elektromagnetische Felder (Elektrosmog) geht, wie sie durch Mobilfunkanlagen erzeugt werden. Jeder Zehnte empfindet eine gesundheitliche Beeinträchtigung wie Kopfschmerz oder Schlafstörungen. Die gesundheitlichen Belastungen der Menschen in unserer Gemeinde sollten so gering wie möglich gehalten werden und

so ganz nebenbei geht es hierbei auch um die Attraktivität unserer Gemeinde als Wohnort. Wir wiederholen unseren Antrag vom letzten Jahr.

Antrag 6

Die Gemeinde Neuhausen legt in ihren Bebauungsplänen bzw. Flächennutzungsplänen strahlenminimierte Standorte, Verbotszonen und Vorrangzonen fest. Vorläufig wird kein weiterer Ausbau von Mobilfunkanlagen in Wohngebieten zugelassen.

Mit dem vom Kommunalen Arbeitskreis Filder in Auftrag gegebenen Rahmenplan „Landschaftsraum Filder“ soll der stark belastete Filderraum aufgewertet und vernetzt werden. Im Dialog mit den Bürgern soll ein Planwerk entstehen das dazu beiträgt den Natur- und Erholungsraum Filder mehr als bisher erlebbar zu machen. Wir begrüßen dies sehr und hoffen, dass sich noch mehr Bürgerinnen und Bürger an diesem Prozess beteiligen. Wenn es gelingt die von unterschiedlichen Zielgruppen geäußerten Wünsche und Anregungen in den Rahmenplan „Landschaftsraum Filder“ einfließen zu lassen sind wir zuversichtlich, dass dieser bei der Filderbevölkerung auf große Akzeptanz stößt und zur Aufwertung des Filderraums beiträgt.

In der ersten Dialogveranstaltung war man sich (in der Gruppe Landwirtschaft) einig, dass die Marke Filder stärker in Erscheinung treten sollte. Wir meinen, dass die Marke Filder unter anderem auch durch das Attribut „gentechnikfrei“ eine Aufwertung erfahren könnte. Der nachfolgende Antrag vom letzten Jahr wurde von Gemeinderat und Verwaltung wohlwollend aufgenommen. Wir fordern die Verwaltung auf den Dialog mit unseren Landwirten schnellst möglich aufzunehmen und hoffen, dass in diesem Jahr ein gentechnikfreies Neuhausen erreicht werden kann. Die Unterstützung von einer Mehrheit der Bevölkerung ist ihr und uns dabei sicher.

Antrag 7

Die Verwaltung tritt mit den landwirtschaftlichen Betrieben die auf der Gemarkung Neuhausen anbauen in einen Dialog ein. Ziel ist eine Selbstverpflichtungserklärung gemäß derer die Landwirte auf Gentechnik verzichten. Möglicher Wortlaut:

„Auf der Gemarkung Neuhausen wird kein gentechnisch verändertes Saatgut ausgebracht.“

Mit der Streuobstwiesenbörse versuchen wir IGL einen Teil zum Erhalt der Streuobstwiesen beizutragen. Von Seiten der Gemeindeverwaltung wurden in den vergangenen Haushaltsjahren 2000 € für den Erhalt der Streuobstwiesen eingestellt, aber nur geringfügig bis gar nicht (wie im letzten Jahr) ausgegeben. Mit Lippenbekenntnissen retten wir unsere Streuobstwiesenlandschaft nicht. Auch in diesem Bereich muss das Rad nicht neu erfunden werden. Ein Blick über den Gartenzaun zeigt wie Filderstadt mit Pflanztipps für Obstbäume, Pflanzaktionen, der Ausbildung von „Streuobstwiesen-Guides“ und anderen Aktionen dem Streuobstwiesensterben entgegenwirkt. Wir wollen, dass der im Haushalt eingestellte Betrag für den designierten Zweck, dem Schutz und der Erhaltung unserer Streuobstwiesen, eingesetzt wird.

Antrag 8

Die Verwaltung legt im Dialog mit dem Obst- und Gartenbauverein geeignete Maßnahmen zur Förderung unserer Streuobstwiesen fest und setzt diese auch zeitnah um.

Viel passiert ist im vergangenen Haushaltsjahr in Bezug auf Stuttgart 21. Nach einer großen Bürgerprotestbewegung von Stuttgart 21-Gegnern kam es zu einer Faktenschlichtung mit einem Schlichterspruch der zwar die Kopfbahnhoflösung als „attraktive“ Variante lobte, aber dennoch „Stuttgart 21 plus“ forderte. Damit wird noch mehr Geld ausgegeben werden müssen und andere wichtigere Bahnprojekte werden für lange Zeit nicht umgesetzt werden können.

Die S-Bahnführung nach Neuhausen und Stuttgart 21 werden immer wieder in Zusammenhang gebracht. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis wurde knapp erreicht, ohne Stuttgart 21 knapp verfehlt. Welche Bedeutung man solchen Zahlenspielen geben sollte, wurde im letzten Geschäftsbericht der Messegesellschaft deutlich. Da spricht der Messechef Kromer von geschönten Zahlen seiner Vorgänger damit die Messe auf den Fildern durchgesetzt werden konnte.

Durch den Schlichterspruch, der den Erhalt der Gäubahntrasse zwischen Vaihingen und Hauptbahnhof vorsieht, könnten sich neue Fahrtbeziehungen entwickeln und ein neues Kosten-Nutzen-Verhältnis entstehen. Es ergeben sich dadurch neue Fragestellungen: Wie entwickelt sich die Wirtschaftlichkeit der S-Bahnverlängerung, wenn lediglich der Regionalverkehr der Gäubahn über die S-Bahn zum Flughafen geführt wird? Wie sieht die Rechnung aus, wenn man die sinnvolle Verlängerung nach Plochingen ins Auge fassen würde (Ringschluss)? Macht dann die teilweise einspurige Fortführung von Bernhausen nach Neuhausen überhaupt Sinn? Und was ergibt sich, wenn all dies mit einem neuen Buskonzept flankiert wird, um auch die Orte ohne Bahnanschluss optimal an die Schiene anzubinden?

Von den 100 Mio. €, die die Region für Stuttgart 21 erbringen muss, beträgt der Anteil für Neuhausen acht Jahre lang je rund 50 000 €. Das ist, wie wir meinen, Grund genug unsere Interessen zu wahren und auf eine Beantwortung unserer Fragen zu drängen. Wie viel an landwirtschaftlicher Fläche auf unserer Gemarkungsgrenze ist durch die geplante Hochgeschwindigkeitsstrecke nach Ulm betroffen, mit welchen Beeinträchtigungen ist während der Bauzeit zu rechnen, welche Verkehrs- und Lärmbelastung bringt die neue Strecke mit sich u.v.m. Wir wiederholen daher mit Nachdruck unseren Antrag aus dem Vorjahr.

Antrag 9

Der Gemeinderat erhält fundierte Informationen durch einen Bahnverantwortlichen über die Hochgeschwindigkeitsstrecke nach Ulm, Streckenabschnitt Neuhausen, und über die damit verbundenen Beeinträchtigungen für Neuhausen, gerade während der Bauphase.

Zusätzlich erhält der Gemeinderat Informationen, inwiefern der Schlichterspruch Auswirkungen auf Neuhausen haben könnte.

Engpässe im Kinderbetreuungsbereich zwingen uns zu schnellem Handeln. Ab April 2011 werden die Dreijährigen in unseren Einrichtungen nicht mehr unterkommen, Eltern müssen sich auf noch längere Wartelisten einstellen. Ab 2013 sollten die Gemeinden zusätzlich auch noch für 34% der 1-3jährigen Betreuungsplätze bereitstellen. Der Bund bürdet uns damit Aufgaben auf, bezahlt aber nicht in ausreichendem Maß dafür.

Vor diesem Hintergrund und weil wir Kinderbetreuungseinrichtungen mit hohem Sanierungsstau und viele kleine aus der Not geborene Einrichtungen mit hohem Personalbedarf betreiben, haben Gemeinderat und Verwaltung Mitte letzten Jahres kurz-, mittel- und langfristige Lösungsvorschläge erörtert. Wir meinen kurz- bis mittelfristig sollten wir den Ausbau der Tagesmütter unterstützen und vor allem den Bau neuer Einrichtungen vorantreiben, die selbstverständlich dem Inklusionsgedanken Rechnung tragen.

Wir ermutigen die Verwaltung den eingeschlagenen Weg couragiert und schnell weiterzugehen und hoffen, dass es noch in diesem Jahr zu entsprechenden Vergaben kommt. Die in Aussicht gestellten Fördermittel sollten wir uns nicht entgehen lassen. Unsere Fraktion gibt keiner der in Betracht kommenden Standorte den Vorzug, weil wir der Meinung sind, dass für fünf fehlende Gruppen sowohl eine Einrichtung im Ziegeleigelände als auch der Ausbau des Kindergarten St. Franziskus benötigt wird und deshalb beide gleichzeitig und schnell entwickelt werden sollten. Die Investitionen im Kinderbetreuungsbereich stehen bei uns an erster Stelle. Wir sind jedoch nicht der Meinung, dass für deren Finanzierung neue Wohngebiete im Außenbereich erschlossen werden müssen. Unserer Meinung nach ist unser HH-Plan nicht mit heißer Nadel gestrickt und bietet die nötige Luft für diese Zukunftsinvestitionen. Die schon jetzt bekannten Haushaltsverbesserungen, ca. 900 000 € durch Kreisumlage, Einkommenssteuer und Schlüsselzuweisungen, dazu noch nicht berücksichtigte Grundstückserlöse Horber Höhe, evtl. höhere Fördergelder Oberes Schloss, eine wie wir meinen höhere Gewerbesteuerannahme und ein stringenter Umgang mit Haushaltsresten geben genügend Luft um die geplanten 3,5 Mio. € stemmen zu können. Infolge dessen müssen Maßnahmen der Ortskernsanierung wie die Sanierung des Ochsenensaals hinten anstehen. Von einer kosmetischen Sanierung des Ochsenensaals halten wir nichts und eine energetische können wir uns momentan nicht leisten. Auch sind wir der Ansicht, dass zuerst der Raumbedarf der Musikschule in die weiteren Nutzungsüberlegungen des Ochsenensaals einbezogen werden muss.

Unbestritten wird das beherrschende Zukunftsthema auch in unserer Gemeinde der demografische Wandel sein. Zukünftig wird einer stärker anwachsenden älteren Generation eine rückläufige Anzahl jüngerer Menschen entgegen stehen. Die vielfältigen Bedürfnissen und Anforderungen von vielen jungen Alten, Alten und Hochbetagten, auch von jenen die aus anderen Kulturkreisen kommen oder die durch Behinderungen beeinträchtigt sind, werden uns und das Ehrenamt vor neue Herausforderungen stellen.

In unserem Ort übernimmt die größte Verantwortung und Weiterentwicklung im Bereich der Altenhilfe bisher das Ehrenamt des Ostertagshofs, der Kirchen und Vereine. Dafür unseren Dank

und Anerkennung. Um die Zukunftsaufgaben der Altenhilfearbeit in Neuhausen stemmen zu können bedarf es weiterhin vieler Akteure und großer gemeinsamer Anstrengungen. Zur besseren Planung und Steuerung benötigen wir deshalb einen bedarfsgerechten Altenhilfeplan, der uns Aufschluss über die Lebens- und Versorgungssituation Älterer in Neuhausen gibt und der Ziele und Maßnahmen festlegt. Bleibt anzumerken, dass dieser überfällig ist und dass er auch schon von unseren Vorgängern eingefordert wurde.

Antrag 10

Die Verwaltung berichtet über den Stand der Arbeiten zur Erstellung eines bedarfsgerechten Altenhilfeplans für Neuhausen und stellt diesen dem Gemeinderat vor.

Dem durch einen Wettbewerb ausgelobten Projekt „Quartier für Generationen“ messen wir eine große Bedeutung bei. Ein lang gehegter Wunsch, nämlich ein Pflegeheim für Neuhausen, dazu Seniorenwohnungen, Wohnraum für Familien, ein Haus für flexible Hilfen und wir meinen auch ein erweiterter Pausenhof für die Mozartschule (momentan kommen auf ein Kind 3 statt 5 qm) könnten auf dem Gelände des Kinder- und Jugendheim verwirklicht werden. So viel wichtige und notwendige Infrastruktur bekommt man nicht umsonst und rechtfertigt unserer Meinung nach eine finanzielle Beteiligung der Gemeinde Neuhausen. Wir fordern Sie, Herr Hacker auf, ihr ganzes Verhandlungsgeschick so schnell wie möglich in die Gespräche mit dem Sozialdienst katholischer Frauen, der Samariterstiftung, dem Siedlungswerk und der kath. Kirchengemeinde einzubringen, die Verhandlungen voranzutreiben und dem Gemeinderat belastungsfähige Zahlen vorzulegen.

Die Vorkommnisse von Winnenden haben einen vom Landtag im letzten Jahr verabschiedeten Maßnahmenkatalog zur Folge gehabt. Im Haushaltsplan sind nun insgesamt 110 000 € eingestellt, die wir nicht in Frage stellen. Wir wollen aber über die Mittelverwendung und die Sicherheitsmaßnahmen informiert werden und wiederholen deshalb den Antrag vom letzten Jahr.

Antrag 11

Die Verwaltung berichtet dem Gemeinderat über die aus den Empfehlungen des Landes abgeleiteten Sicherheitsmaßnahmen an unseren Schulen. Ebenso ob bauliche Veränderungen in diesem Zusammenhang notwendig werden und wie diese zeitlich umgesetzt werden sollen.

Ein von IGL und den Freien Wählern gestellter Haushaltsantrag zielte im vergangenen Jahr darauf ab, Jugendlichen mehr politische Verantwortung zu geben. Im Beirat für Jugendfragen sollten die Jugendlichen eine Plattform für ihre Anliegen bekommen. Wenn man diesen Antrag ernst nimmt, sollte der Beirat mindestens einmal im Jahr zusammentreten, er hat jedoch seit 2008 nicht mehr getagt.

Im letzten Jahr fielen in Neuhausen Jugendliche, die dem politisch rechten und linken Rand zugeordnet werden, durch einzelne Aktionen auf. Verschweigen, Wegschauen oder Ignorieren sind

ungeeignete Mittel gegen politisch extreme Einflüsse. Wir, IGL halten es vielmehr mit der Redewendung "Wehret den Anfängen". In diesem Sinn fordern wir die Verwaltung auf, noch im ersten Halbjahr 2011 den Beirat für Jugendfragen einzuberufen und dazu Sachverständige von Polizei und Verfassungsschutz einzuladen.

Antrag 12

Sachverständige von Polizei und Verfassungsschutz berichten im Beirat für Jugendfragen ob und in welchem Ausmaß es in Neuhausen politisch extreme Strömungen gibt und ob gegebenenfalls ein Aktionsplan erstellt werden sollte.

Die Gemeinde Neuhausen sollte dem Beispiel vieler Kommunen und Städte folgen und in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr einen Feuerwehrbedarfsplan erstellen. Ein Feuerwehrbedarfsplan gibt uns und auch der Wehr mit seinen Informationen beispielsweise zum Gefährdungspotenzial der Gemeinde, zur aktuellen Ausrüstung, zu notwendigen Investitionen, sowie zur Personalsituation, einen Einblick in den Bestand und in anstehende Maßnahmen und bietet uns damit rechtzeitig Planungssicherheit.

Antrag 13

Die Verwaltung berichtet in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr über den Stand der Arbeiten zur Erstellung eines Feuerwehrbedarfsplans und legt diesen dem Gemeinderat zur Beratung vor.

Das Technische Hilfswerk unterstützt mit seinem Expertenwissen im Bevölkerungsschutz die Arbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten. Die Ortsgruppe Neuhausen des Technischen Hilfswerks ist seit fast 37 Jahren in unserer Gemeinde beheimatet und fest in unserem Gemeindegelände verankert. Das soll auch so bleiben, deshalb unterstützen wir die Bemühungen der Verwaltung bei der Suche nach einer neuen Unterkunft für die Ortsgruppe Neuhausen.

In der Stellungnahme des Landratsamt Esslingen zum Haushaltserlass 2010 steht unter Anmerkungen zur Haushalts- und Finanzlage von Neuhausen Absatz 3, man müsse „...ein sehr kritisches Auge auf die nachhaltige Stabilisierung der Ertragskraft des Verwaltungshaushalts richten um die stetige Aufgabenerfüllung zu gewährleisten.“

Die Umsetzung des von der Firma Allevo erstellten Organisations- und Personalgutachtens betrachten wir weiterhin als Daueraufgabe unserer Verwaltung. Es geht darum, die Ressourcen gezielt einzusetzen und die Prozesse effizienter zu gestalten. Obwohl bereits einige Themen im Zuge der Reorganisation der Gemeinde erledigt wurden, bleiben aus unserer Sicht immer noch einige wichtige Punkte offen. Ein Beispiel dafür wäre der Wunsch der Bürger nach besseren Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung. Hierbei geht es nicht um längere Arbeitszeiten für die Mitarbeiter der Verwaltung sondern um eine mögliche Verschiebung der Öffnungszeiten, die den Bürgerinnen und Bürgern eine verbesserte Erreichbarkeit der Verwaltung gewährleisten. Ein weiterer wichtiger offe-

ner Punkt ist die Ausrichtung der Verwaltung am Leitbild von Neuhausen und dem damit verbundenen Zielentfaltungsprozess. Das heißt: Alle geplanten Maßnahmen sind immer wieder mit dem Leitbild abzugleichen, um nicht die Orientierung, nämlich die Frage „Was sind unsere Prioritäten?“ aus den Augen zu verlieren.

Abschließend bedanken wir uns bei allen die zu einem funktionierenden Gemeinwesen beitragen, sei es durch Steuern, durch persönliches Engagement in unseren Vereinen und Einrichtungen oder durch unauffällige direkte Nachbarschaftshilfe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hoffen, dass unsere Vorschläge bei Ihnen und bei den Damen und Herren der Verwaltung Zustimmung finden, dass sie schnell umgesetzt werden und wir so gemeinsam unsere Gemeinde nach vorne bringen.
Den Beratungen wünschen wir einen guten Verlauf.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit
Gabriele Probst